

Fallbeispiel I: Nachhaltigkeit ist mehr als Umweltschutz

3.1.1 Sacheinführung

Zum Begriff Nachhaltigkeit

Im Jahre 1983 riefen die Vereinten Nationen die „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ ins Leben. Sie hatte den Auftrag, langfristige Perspektiven für eine Entwicklungspolitik aufzuzeigen, die neben wirtschaftlichen und humanitären Maßnahmen zur „Entwicklung“ der armen Länder der Welt verstärkt Umweltaspekte einbezieht. Die traditionellen Entwicklungsmodelle waren von der Annahme ausgegangen, dass die Entwicklungsländer die Industrialisierung der reichen Länder möglichst schnell nachholen müssten, um zu diesen aufzuschließen. Gegen diese Strategie hatte es schon früh Kritik gegeben. Man befürchtete, dass durch dieses nachholende Wachstumsmodell die Tragfähigkeit der Erde schon bald überfordert sein könnte. Gestützt auf die alarmierenden Berichte des Club of Rome und „Global 2000“ überwog vor allem die Sorge um die knappen Rohstoffvorräte. Vier Jahre später (1987) legte die von der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland geleitete Kommission ihren Abschlussbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ vor. Mit dem Schlagwort „sustainable development“ („nachhaltige Entwicklung“) forderten die Verfasser einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Der Begriff „sustainable development“ wird darin definiert als „development that meets the needs of the present generation without compromising the ability of future generations to meet their own needs“. Wir sollen also schonend mit den natürlichen Ressourcen umgehen, damit auch die künftigen Generationen in gleichem Maße ihre Bedürfnisse befriedigen können. Der Begriff „Ressourcen“ wird dabei in einem erweiterten Sinne gesehen. Er umfasst nicht nur die Bodenschätze und die nachwachsenden Rohstoffe, sondern schließt weitere Bereiche ein, z. B. das Artensterben, die Bodendegeneration, die Wüstenausbreitung, aber auch Armut und Schuldenkrise. Alle diese Bereiche werden in einem Wirkungsgeflecht gesehen, das die lokalen, regionalen und globalen Ökosysteme und schließlich die gesamte Erde mit ihrer Atmosphäre einschließt.

Schnell machte der als „Brundtland-Bericht“ populär gewordene Bericht Karriere. 1992 wurde er die entscheidende Diskussionsgrundlage für den „Erdgipfel“ in Rio de Janeiro. Die auf dem Gipfel versammelten Vertreter aus 178 Staaten verabschiedeten mehrere Dokumen-

te, so u. a. die „Deklaration über Umwelt und Entwicklung“, in der erstmals global das Recht auf „nachhaltige Entwicklung“ verankert wird. Ein weiteres Dokument ist die „Agenda 21“, nach der es in erster Linie die Regierungen der einzelnen Staaten sind, die auf nationaler Ebene die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungspläne müssen. Grundtenor der Dokumente und Deklarationen ist die Forderung nach einem Ausgleich zwischen umweltpolitischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen. Ökonomie und Ökologie sollen nicht länger als unüberbrückbare Gegensätze gesehen werden. Nachhaltiges Wirtschaften verlangt jedoch keineswegs einen Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum. Im Gegenteil! In der Sprache der Wirtschaft könnte man die Forderung nach einem nachhaltigen Wirtschaften vielmehr wie folgt umschreiben: Lasst uns von den Zinsen leben, ohne das Kapital anzugreifen. (M 1 – M 2)

Aspekte der Nachhaltigkeit

Mit den Deklarationen von Rio erfährt der Begriff der Nachhaltigkeit insofern eine wesentliche Erweiterung, als zusätzlich zu den ökologischen und ökonomischen auch soziale Ziele eingefordert werden. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass ökologische, ökonomische und soziale Probleme untrennbar zusammengehören, dass ein ökologisches Gleichgewicht nur verwirklicht werden kann, wenn gleichrangig und parallel dazu ökonomische Sicherheit und soziale Gerechtigkeit angestrebt werden. Damit wird zum einen der interdisziplinäre Charakter von Nachhaltigkeit betont und zum anderen die dreidimensionale Perspektive für eine nachhaltige Gesellschaftspolitik zum Ausdruck gebracht.

Im Jahre 1998 nahm eine Kommission des Deutschen Bundestages den Gedanken auf und entwickelte ein „Drei-Säulen-Modell“ zur Konkretisierung der Nachhaltigkeitsidee:

Die ökologische Säule umschreibt als Zieldimension den Schutz von Natur und Umwelt für die gegenwärtigen und nachfolgenden Generationen. Gemeint sind u. a. der Erhalt der Artenvielfalt, der Klimaschutz, die Schonung der natürlichen Ressourcen und die Reduzierung der Abfallmengen.

Die ökonomische Zieldimension fordert eine Wirtschaftsweise, die so angelegt ist, dass sie dauerhaft eine tragfähige Grundlage für Beschäftigung und Einkommen gewährleistet.

Die soziale Zieldimension stellt das Postulat auf, dass einer Gesellschaft die Möglichkeit zur Partizipation an politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entscheidungen gegeben wird. So sollen die Lebenschancen gleichmäßig verteilt, Menschenrechte eingehalten und Bildung für alle garantiert werden.

Nachhaltigkeit kann auf allen Handlungsebenen praktiziert werden: global, national, regional und lokal.

Bei der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit steht allerdings vornehmlich die lokale Ebene im Vordergrund. (M 3)

Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften

Eine Wirtschaftsweise gilt dann als nachhaltig, wenn sie langfristig angelegt ist und den oben genannten drei Zieldimensionen gerecht wird.

Im 30. Kapitel der Agenda 21 wird eine Reihe von Maßnahmen zur „Förderung der umweltverträglichen Produktion sowie zur Förderung einer verantwortungsbewussten Unternehmerschaft“ aufgelistet. (M 4) Bereits 1991, also ein Jahr vorher, hatten die Teilnehmer der 2. Weltindustriekonferenz für Umweltmanagement eine „Charta für eine langfristige tragfähige Entwicklung“ verabschiedet. Sie enthält 16 Grundsätze, die für das Umweltmanagement der Unternehmen als besonders wichtig erachtet werden. Ein Grundtenor der Charta ist die These, dass wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit sich keineswegs ausschließen. In der Einführung heißt es dazu u. a.:

„Wirtschaftliches Wachstum schafft die Voraussetzungen für die bestmögliche Verwirklichung von Umweltschutz, und dieser wiederum ist in ausgewogener Verbindung mit anderen menschlichen Zielen notwendig, um ein umweltverträgliches Wachstum zu erreichen. Dabei bedarf es flexibler, dynamischer, anpassungsfähiger und rentabler Unternehmen, um die umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und durch Bereitstellung von unternehmerischen und finanziellen Ressourcen zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen beizutragen.“

In dem Zitat wird zweierlei deutlich:

1. Die wirtschaftliche Nachhaltigkeit ist eng mit den anderen Zieldimensionen verknüpft. Mit anderen Worten: Nachhaltigkeit kann nur in gesamtheitlicher Betrachtung und Anwendung funktionieren.
2. Um nachhaltiges Wirtschaften zu verwirklichen, müssen die Unternehmen ökologische und soziale Kosten in ihre Kalkulation einbeziehen.

Unternehmerische Nachhaltigkeit umfasst alle Aktivitäten, mit denen Unternehmen auf ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen im lokalen wie globalen Maßstab reagieren – vom Klimawandel über Ressourcenverknappung, hohe Arbeitslosenquoten bis hin zu Menschenrechtsverletzungen und fehlendem Arbeitnehmerschutz in Entwicklungsländern.

Die Forderung nach ökonomischer Nachhaltigkeit geht jedoch nicht nur an die Unternehmer. Auch wir als Privatpersonen sind Wirtschaftsakteure und können einen Beitrag zu einem nachhaltigen Wirtschaften leisten, z. B. durch ein bewusstes Konsumverhalten beim Ein-

kauf von Kleidung, Nahrung oder Kosmetika, als Verkehrsteilnehmer oder Touristen, bei der Müllentsorgung oder indem wir in unseren Ansprüchen und in unserem Verhalten bemüht sind, die sozialen Entwicklungsmöglichkeiten unserer Mitmenschen und künftiger Generationen nicht zu beschneiden.

Nachhaltigkeitsstrategien

Um eine nachhaltige ökonomische Entwicklung zu erreichen, werden sowohl in der Wirtschaft als auch in der Wissenschaft und Politik vor allem drei Strategien vertreten: Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.

Effizienzstrategie. Die Effizienzstrategie geht von dem Ansatz aus, mit möglichst geringem Einsatz von Ressourcen einen möglichst hohen Nutzen zu erzielen. Durch verbesserte Technologien oder durch ein Recycling von Abfallprodukten sollen Rohstoffe und Energie sparsamer bzw. wirkungsvoller eingesetzt werden. Langlebigkeit statt „Ex und hopp“ lautet die Devise. Beispiele, auch aus dem privaten Lebensbereich, gibt es zur Genüge: Einsatz von Energiesparlampen, Kauf von langlebigen und reparaturfähigen Produkten, Müllvermeidung, Car-Sharing u. a. m.

Konsistenzstrategie. Die Konsistenzstrategie, auch Substitutionsstrategie genannt, zielt auf eine Anpassung der anthropogenen Stoff- und Energieströme an die Stoffströme in der Natur. Im Gegensatz zur Effizienzstrategie geht es weniger darum, Energie- und Materialverbrauch zu verringern als sie naturverträglich zu bewirtschaften. Abfallstoffe sollen z. B. als Grundlage neuer Produkte dienen und so einen verlustarmen Stoffwechselkreislauf ermöglichen (Gedanke der Kreislaufwirtschaft). Beispiele: Nutzung von Abwärme, Wiederverwendung von Brauchwasser, Ersatz fossiler Energieträger durch regenerative Energieformen.

Suffizienzstrategie. Die Suffizienzstrategie setzt beim Konsum an und möchte bewirken, dass wir weniger konsumieren bzw. umwelt- und ressourcenbelastende Handlungen einschränken. Insofern kann man auch von einer „Vermeidungsstrategie“ sprechen. Beispiele: Reduzierung umweltbelastender Hobbys (Abfahrtski, Rennwagen), Verzicht auf überflüssige Produkte (Wäschetrockner), Verzicht auf den Konsum von Fleisch, bei dessen Produktion der Energieinput bekanntermaßen um ein Vielfaches höher ist als bei der Herstellung von Getreide oder Kartoffeln. Die Suffizienzstrategie verlangt einschneidende Veränderungen unserer Lebensweise und ist somit wohl die unbequemste der drei Strategien. (M 5 – M 6)